III. Nachtrag zum Energiegesetz

Anträge der Regierung vom 12. Mai 2009

Art. 4 Abs. 2bis:

Kein Nachweis ist erforderlich bei Umbauten und Umnutzungen, wenn die voraussichtlichen Baukosten höchstens Fr. 200'000.– und gleichzeitig höchstens 30 Prozent des aktuellen Gebäudezeitwerts betragen.

Begründung:

Eine Korrektur ist angezeigt, weil die kantonale Gebäudeversicherungsanstalt bei der teuerungsbewingten Anpassung der Versicherungswerte keinen Indexautomatismus mehr anwendet, sondern eine solche erst vornimmt, wenn die Baukostenentwicklung ein bestimmtes Ausmass erreicht hat. Die Hauseigentümerinnen und -eigentümer erhalten den Versicherungsausweis mit den aktuellen, das heisst allfällig an die Baukostenentwicklung angepassten Versicherungswerten ihrer Baute jährlich mit der Rechnung zugestellt. Deshalb soll «indexierten amtlichen» durch «aktuellen» ersetzt werden.

Art. 8 Abs. 1:

Einrichtungen für die Erfassung des individuellen Wärmeverbrauchs für Heizung und Warmwasser werden ab sieben Nutzeinheiten erstellt in:

- a) ___ neuen Einzelbauten und Gebäudegruppen mit zentraler Wärmeversorgung;
- b) ___ bestehenden Einzelbauten nach der Gesamterneuerung des Heizungs- und Warmwassersystems.

Begründung:

Nach Art. 9 Abs. 3 Bst. d des eidgenössischen Energiegesetzes erlassen die Kantone Vorschriften über die verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung bei Neubauten und bei wesentlichen Umbauten bestehender Gebäude. Die gestützt darauf zu erlassenden Vorschriften müssen sich nach Art. 11a Abs. 1 der eidgenössischen Energieverordnung an den unter den Kantonen harmonisierten Anforderungen orientieren. Im Basismodul der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich ist eine Ausrüstungspflicht ab fünf Nutzeinheiten verankert, was der in allen Ostschweizer Kantonen ausser St.Gallen seit vielen Jahren geltenden Regelung entspricht. In die Gesetzesvorlage wurde deshalb die Ausrüstungspflicht ab fünf Nutzeinheiten übernommen. Die vorberatende Kommission erhöhte diesen Wert auf sieben Nutzeinheiten, was der im Kanton St.Gallen seit dem Jahr 2001

geltenden Regelung entspricht. Im Interesse einer gewissen Beständigkeit des Vollzugs hat die Regierung deshalb vor der ersten Lesung auf einen Gegenantrag verzichtet.

Mit der Erhöhung der Grenze von sieben auf neun Nutzeinheiten in Bst. b anlässlich der ersten Lesung erfolgt nun aber eine weitere Erhöhung auf beinahe das Doppelte der in den MuKE n enthaltenen und in den umliegenden Kantonen geltenden Zahl der Nutzeinheiten. Es ist deshalb fraglich, ob die Regelung die bundesrechtlichen Anforderungen noch erfüllt. Insbesondere aber ist es weder sachlich gerechtfertigt noch nachvollziehbar, warum für Sachverhalte, die auf Bundesebene in derselben Bestimmung geregelt werden, zwei unterschiedliche Grenzen gelten sollen. Mit Blick auf einen einfachen, klar kommunizierbaren Vollzug und im Interesse der Rechtssicherheit soll für die verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung die Grenze weiterhin bei sieben Nutzeinheiten bleiben.